

---

## FORUM: Gewerkschaften und Sozialdemokratie

---



Bodo Zeuner:

Gewerkschaften 2000 - politisch auf sich gestellt?

Sechs Beziehungsmuster zur SPD

*Prof. Dr. Bodo Zeuner, geb. 1942 in Königsberg/Ostpr., Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte, Journalist bei NDR und „Spiegel“, lehrt Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.*

---

1988 schrieb der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel: „Wer hätte die geschichtliche Legitimation und die Kraft, diese Aufgaben (u. a. gesellschaftliche Kontrolle ökonomischer und technischer Prozesse, B.Z.) zu bewältigen, wenn nicht diejenigen, die in den letzten hundert Jahren die soziale Bändigung des ökonomischen Selbstlaufs der Kapitalverwertung als Aufgabe erkannt und gegen alle Widerstände vorangebracht haben? Also die deutsche Sozialdemokratie in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung.“<sup>1</sup>.

1999 schrieb der SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder in seinem gemeinsamen Programmpapier mit Tony Blair: „Die Steuerungsfunktion von Märkten muss durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden.“ Zu den Gewerkschaften heißt es dort: „Wir möchten, dass die Gewerkschaften in der modernen Welt verankert bleiben. Wir wollen, dass sie den Einzelnen gegen Willkür schützen und in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen helfen.“

Die Kehrtwendung ist offensichtlich: Steuern soll nunmehr der Markt, die Politik wird zu seinem Anhängsel. Und die Gewerkschaften sind keine kollektive Bewegung mehr, sondern erhalten subalterne Rollen als Ombudsmänner und Co-Manager. Viel spricht dafür, dass die SPD im Jahr 1999 begonnen hat, sich von der Tradition der Arbeiterbewegung zu verabschieden, aus deren Rhetorik Vogel 1988 noch schöpfen konnte.

### Arbeiterbewegung heute?

Ich halte am Begriff Arbeiterbewegung fest, weil er auch im heutigen Deutschland einen real existierenden sozio-politischen Zusammenhang bezeichnet. Die Forschung über soziale Bewegungen hat uns gelehrt, dass die Selbstveränderung ein genuines Merkmal jeder Bewegung ist, dass Bewegungen also verschiedene Stadien und Aggregatzustände durchlaufen. Von ihrem Ende sollte nicht schon dann gesprochen werden, wenn sie sich institutionalisieren, sondern erst, wenn sie weder sich selbst noch ihre Umwelt zielgerichtet zu bewegen, zu verändern im Stande sind. Die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich im Jahr 1999 - wie übrigens einige der „neuen“ sozialen Bewegungen auch - in einem hochgradig institutionalisierten Aggregatzustand, bleibt aber Bewegung, die sich durch folgende Merkmale auszeichnet:

---

<sup>1</sup> Hans-Jochen Vogel, SPD und Gewerkschaften, in: GMH 7/88, S. 385, S. 397.

- ein Netzwerk von Personen und Organisationen mit einem weitgehend gemeinsamen Verständnis von Interessen und Zielen und von deren Prioritäten;
- Durchlässigkeit und gemeinsame Sozialisationswirkung dieses Netzwerks für die in ihm agierenden und aufsteigenden Personen;
- Wir-Gefühl der Akteure, insbesondere der „Absolventen“ des Sozialisationssystems;
- inhaltlich mindestens folgende gemeinsame handlungsleitende Überzeugungen: *Es gibt einen wichtigen sozialen und politischen Interessengegensatz Lohnarbeit/Kapital. In diesem Gegensatz stehen wir im Zweifel auf der Seite der Lohnarbeit. Der Gefahr, dass die Kapitalseite sozialen Schaden anrichtet, kann und muss durch staatliche Regulierung und kollektive Organisation begegnet werden. Die Parteinahme der Arbeiterbewegung für die Schwächeren im Gegensatz Lohnarbeit/Kapital ist anschlussfähig für Parteinahmen in anderen sozialen und politischen Konfliktlinien zugunsten der Geknechteten und Entrechteten, der Ausgebeuteten, der Diskriminierten.*

So gesehen besteht auch in der Bundesrepublik Deutschland kurz nach der Millenniumswende eine *Arbeiterbewegung* als Netzwerk aus Organisationen, Bildungswerken, Stiftungen, Forschungsinstituten, Massenmedien und vor allem Gewerkschaften sowie Teilen von Parteien, insbesondere der SPD.

### **Das Verhältnis Gewerkschaften - SPD im Rahmen der Arbeiterbewegung: klassische Beziehungsmuster**

Gewerkschaften in Deutschland waren immer politisch - im Sinne der Zugehörigkeit zu einer politischen Bewegung, die eine umfassenden Gemeinwohlperspektive und nicht nur Partikularinteressen vertritt. Die ersten Dachverbände entstanden in den 1860er-Jahren in Verbindung mit politischen Parteien und Organisationen, vor allem der sich formierenden Sozialdemokratie. Als sich Eisenacher und Lassalleaner 1875 in Gotha zur „sozialistischen Arbeiterpartei“ vereinigten, versammelten sich am selben Ort direkt nach dem Parteitag die nahe stehenden Gewerkschaften zu einem Kongress und beschlossen Schritte zu ihrer Vereinigung. Im Verhältnis zur neuen Partei befanden sie, dass aus ihren eigenen Organisationen „die Politik fern zu halten“ sei; im Übrigen empfahlen sie ihren Mitgliedern den Beitritt zur neuen Partei. Dies ist eines der Grundmuster des Verhältnisses von Gewerkschaft und Partei im Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung. Nennen wir es *Beziehungsmuster A*: Politik ist Sache der Partei. Als Gewerkschafter sind wir unpolitisch. Wer politisch tätig sein will, muss dies in der (uns nahe stehenden) Partei tun.

Dieses Muster war schon drei Jahre danach nicht mehr durchzuhalten. Bismarcks Sozialistengesetz zerschlug sowohl Partei- wie Gewerkschaftsorganisationen, zugleich schweißte es beide Partner eng zusammen. Vereine mit gewerkschaftsnahem Charakter waren sehr nützlich als Überlebenshilfe für die Partei. Es entstand ein Lager mit gemeinsamer - marxistischer - Weltsicht, gemeinsamen Widerstandserfahrungen und entsprechendem Wir-Bewusstsein. Dabei war klar, dass die Partei die Rolle des großen Bruders hatte: älter, erfahrener, weiser, zuständig für den weiten Überblick und - sozusagen in Vertretung des Ersatzvaters Weltgeist - auch aufsichtspflichtig. Das galt damals ganz wörtlich für die Generationen: Die Unterordnung der „jungen Garde“ noch nicht 30-jähriger Gewerkschaftsführer um Legien unter die erfahren Feldherren der Partei erschien zunächst selbstverständlich und wurde

auch theoretisch mit einem Führungsanspruch der Politik untermauert. Der „Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung“ war, so das Erfurter Programm von 1891, „notwendigerweise ein politischer Kampf“.

Es entstand *Beziehungsmuster B*: Partei und Gewerkschaft sind in gleicher Weise Akteure des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung, aber die führende Rolle hat die Partei. Der ökonomische Kampf der Gewerkschaften wird in letzter Instanz den Notwendigkeiten und Strategien des politischen Kampfes, für den die Partei zuständig ist, untergeordnet.

Diese einfache Verbindung einer bereichsspezifischen mit einer hierarchischen Arbeitsteilung wurde dann in der Massenstreikdebatte 1905/1906 in Zweifel gestellt: Die Gewerkschaften beanspruchten Autonomie für die Entscheidung, ob sie ihre Waffe des Streiks für politische Ziele verwenden sollten, und sie setzten sich damit gegenüber dem politischen Führungsanspruch der Partei über die Gesamtbewegung durch.<sup>2</sup>

Es entstand *Beziehungsmuster C*: Partei und Gewerkschaften unterscheiden sich nach ihren spezifischen Aufgabenfeldern - politische und ökonomische Aktivität - und sie entscheiden auf diesen Aufgabenfeldern jeweils autonom, aber nach Beratung mit der anderen Seite, über ihre Strategie.

In der Revolutionsphase 1918-20 entstand ein weiteres Beziehungsmuster von Gewerkschaften und Partei, das wenig Bestand hatte: Arbeiterräte übernahmen für kurze Zeit die Verwaltung und die Gesetzgebung, wirkten mit an einer Doppelherrschaft. Sofern deren Verstetigung versucht wurde, mündete dies in Betriebsräte und in das - nicht eingelöste - Weimarer Verfassungsversprechen von Wirtschafts- und Sozialräten, später in Konzepte der Wirtschaftsdemokratie. Daraus ergibt sich ein eher modellhaftes als realisiertes *Beziehungsmuster D*: Die Gewerkschaft bzw. die aktive Basis, die Arbeiterräte, fällt die wichtigen ökonomischen und politischen Entscheidungen; die Partei als Arm der Arbeiterbewegung im Staatsapparat hat diese Entscheidungen auszuführen und umzusetzen. Alle vier Beziehungsmuster erwiesen sich in der Weimarer Republik als handlungsrelevant.

Nach der kämpferischen Anfangsphase dominierte in allen Lagern, nicht nur im sozialdemokratischen, das Beziehungsmuster C (Bereichsautonomie und Kooperation). In einem frühen Ernstfall, beim rechtsradikalen Kapp-Putsch 1920, erwies sich sogar der Mannheimer Kompromiss von 1906 als praktikabel: Die Gewerkschaften retteten durch einen politischen Massenstreik die Republik. Aber 1933 gab es eine Regression zu Beziehungsmuster A (Wir sind unpolitisch). Der SPD-nahe ADGB verleugnete seine sozialistische politische Tradition, fiel der im Reichstag gegen die Hitler-Koalition auftretenden SPD in den Rücken, bekannte sich als Nur-Gewerkschaft zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung, rief zur Mai-Kundgebung der Nazis am 1. Mai 1933 auf - und wurde am 2. Mai 1933 verboten. Nicht immer in der deutschen Geschichte war es gut, wenn sich Gewerkschaften der „führenden Rolle der Partei“ verweigerten.

### **Nach 1945: die politische Einheitsgewerkschaft**

Der in den Westzonen etablierte DGB war eine überparteiliche Einheitsgewerkschaft, die keineswegs unpolitisch sein wollte oder konnte. Die stärksten Verflechtungen und pro-

---

2 Fast zeitgleich formulierte Lenin in „Was tun?“ seine Partei- und Gewerkschaftstheorie, nach der Gewerkschafter nur ein ökonomistisches Bewußtsein entwickeln könnten, weshalb sie sich strikt der Leitung der Partei der theoretisch kundigen Berufsrevolutionäre unterzuordnen hätten. Die Gewerkschaftsfrage war ein Spaltungsgrund und ein Differenzierungskriterium zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

grammatischen Affinitäten bestanden weiterhin zur SPD, aber es gab auch christdemokratische und kommunistische Minderheiten. In den Aufbaujahren und der Frühphase der Bundesrepublik beanspruchte der DGB eine umfassende Definitionskompetenz der Gewerkschaften für das Gemeinwohl. Dies wurde als nicht-kapitalistische Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt.

Spätestens ab 1947 erwiesen sich die Gewerkschaften in den Westzonen als die wichtigste aktionsfähige politische Kraft, die Interessen der Bevölkerung bündeln und mobilisieren konnte, während die Parteien noch unterentwickelt waren. Gewerkschaften und Betriebsräte setzten 1947 mit der Montan-Mitbestimmung einen - als Eckstein der Neuordnung verstandenen - Pfeiler des künftigen deutschen Systems der Arbeitsbeziehungen durch. Die Rolle der verbündeten sozialdemokratischen Partei war in diesen Jahren nachrangig. Es galt eher das Beziehungsmuster D (Parteien setzen in Recht um, was der soziale Kampf der Gewerkschaften ergeben hat), jedenfalls bis 1951. DGB-Chef Hans Böckler setzte in Direktverhandlungen mit Adenauer unter Streikdrohungen die Übernahme der Montanmitbestimmung in bundesdeutsches Recht durch. Die SPD applaudierte aus ihrer Zuschauerrolle höflich und manchmal auch leicht verstimmt.

Diese Konstellation änderte sich schon ein Jahr später: Bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 nahm die bürgerliche Bundestagsmehrheit keinerlei Rücksicht mehr auf die Gewerkschaften. Das führte zur Erneuerung des Schulterchlusses mit der SPD (bei gleichzeitiger Respektierung des christdemokratischen Flügels in der Einheitsgewerkschaft). Es entstand wieder eine Arbeitsteilung zwischen ökonomischen und politischen Zuständigkeiten nach den Beziehungsmustern A und C. Die Gewerkschaften konzentrierten sich in den fünfziger und frühen sechziger Jahren auf ihr ureigenstes Geschäft, die - inhaltlich weit gefasste - Tarifpolitik. Sie waren dabei insgesamt erfolgreich (z.B. bei der Durchsetzung der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter im Schleswig-Holstein-Streik der IG Metall 1956) und wurden von der konservativen Regierung (und der sozialdemokratischen Opposition) kaum behindert. Tarifautonomie als striktes Einmischungsverbot für den Staat, ganz im Gegensatz zur Weimarer Zwangsschlichtung, wurde in der Ära Adenauer als Merkmal des „Modells Deutschland“ etabliert, ebenso andererseits die international fast einzigartige Einschränkung des Streikrechts - nur von den Gewerkschaften für tariffähige Ziele ausgerufenen Streiks sind zulässig - durch die Gerichte.

1959 beschloss die SPD in Godesberg ein neues Grundsatzprogramm, in dem sie sich von marxistischer Analyse und Rhetorik verabschiedete und sich zur Landesverteidigung, zu einem neuen Verhältnis zu den Kirchen und zur - staatlich regulierten - Marktwirtschaft bekannte. Diese Wende vollzogen die Gewerkschaften in ihrem Düsseldorfer Grundsatzprogramm vier Jahre später nach. Deutlicher noch als im SPD-Programm setzten sie Hoffnung auf keynesianische Makroökonomie und staatliche Globalsteuerung.

Dieser Hoffnung wurde Erfüllung zuteil, als die sozialdemokratischen Brüder endlich an der Regierung beteiligt wurden, 1966-69 als Juniorpartner der CDU, 1969-1982 als Seniorpartner der FDP. Karl Schillers Konzertierte Aktion, Willy Brandts Programm der „Inneren Reformen“ fanden volle Mitwirkung und Zustimmung der Gewerkschaften. Die Chancen, gewerkschaftliche Ziele politisch durchzusetzen, etwa bei Betriebsverfassung und Mitbestimmung, waren in keiner anderen Periode so gut.

Aber es gab auch eine andere Seite im Verhältnis Gewerkschaften/SPD. Sie bestand in einer zunehmenden gegenseitigen Verselbständigung beider Partner seit dem Godesberger Programm und der darauf folgenden Anpassung der SPD an Westintegration und „soziale Marktwirtschaft“. Es ist kein Zufall, dass unmittelbar nach dem Godesberger Programm in

einigen gewerkschaftlichen Kreisen erstmals eigenständige allgemeinpolitische Impulse und Initiativen entstanden, die sich dem Kurs der SPD widersetzen oder mindestens andere Akzente setzten als die SPD-Führung. Otto Brenners IG Metall, vor allem im Umfeld der Frankfurter Zentrale, war dabei besonders wichtig. Während Herbert Wehners SPD 1960 ihren Bannstrahl gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) schleuderte, formierte sich mit Unterstützung Brenners ein linksgewerkschaftlicher Flügel im SDS. Dieser wurde zu einer der Keimzellen der Studentenbewegung der späten sechziger Jahre. In der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze standen IG Metall und IG Druck und Papier einerseits und die SPD-Führung andererseits auf verschiedenen Seiten der politischen Frontlinie. Die DGB-Gewerkschaften, jedenfalls ein Teil von ihnen, hatten begonnen, eigenständig, jenseits der traditionellen Arbeitsteilung mit der Sozialdemokratischen Partei, politische Positionen zu beziehen und Aktivitäten zu organisieren.

Diese kritische, linkssozialistische Politiklinie in einem Teil der Gewerkschaften blieb auch während der Brandt- und Schmidt-Regierungen virulent. Sie verband sich - teilweise real, teilweise nur interpretierend - mit den spontanen Streiks von 1969 und 1973, die den Gewerkschaften ihr Kampfmonopol streitig machten und sie aus der heilen Welt Schillerscher Globalsteuerung auf den Boden der Bedürfnisse ihrer deutschen und ausländischen Mitglieder zurückholten. Es gab in Deutschland zwar nicht, wie damals in Italien, eine neue Arbeiterbewegung, aber die Arbeiter bewegten sich in eine von „ihren“ Organisationen nicht vorgesehene Richtung, und das, während diese doch gerade am Regieren und Konzertieren waren. Seit 1959 entstand im Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung also ansatzweise ein neues *Beziehungsmuster E*: Gewerkschaften und SPD haben weiterhin eine besondere Verbindung, aus der auch besondere Erwartungen aneinander resultieren, aber sie definieren ihre gesamtpolitischen Ziele selbständig. Es gibt für die SPD kein Definitionsmonopol hinsichtlich politischer Ziele der Gesamtbewegung.

### **Die Ära Kohl: mühsamer und später Schulterschluss**

Am Ende der sozialliberalen Regierungsperiode hatten sich Gewerkschaften und der Regierungsflügel der SPD auseinander bewegt. Es gab 1982 sozial- und finanzpolitische Differenzen um die Austerity-Politik, darunter eine Massendemonstration gegen Schmidts Politik des Sozialabbaus. Zugleich ragten die neuen von den sozialen Bewegungen und den Grünen ausgedrückten Konfliktlinien auch in die Gewerkschaften (und in die SPD) hinein. Das Verhältnis wurde mehrdimensional: Einerseits hatte das industrialistische Bündnis zwischen Großbetriebs-Gewerkschaftern und rechten Sozialdemokraten, das den Ansturm der ökologisch-feministisch-friedenspolitischen Kritik abzuwehren suchte, durchaus Bestand, etwa in der Chemiebranche oder in Nordrhein-Westfalen. Andererseits entstanden neue Vernetzungen von eher linken Gewerkschaftern aus Dienstleistungsbereichen, aber auch aus der IG Metall und der IG DruPa/IG Medien, mit Aktiven aus den neuen Bewegungen, die parteipolitisch entweder überhaupt nicht oder bei den Grünen oder bei der SPD-Linken verankert waren.

In der Regierungszeit Kohls gab es während der ersten 14 Jahre keineswegs einen neuen Schulterschluss nach traditionellem Muster. Das lag zum einen daran, dass Kohl sich nach anfänglichen Drohgebärden bis 1996 gegenüber den Gewerkschaften nicht wie Bismarck (Sozialpolitik und Repression) oder wie Thatcher (Ausschaltung durch Markt pur) verhielt, sondern eher wie Adenauer (Anerkennung als Partner bei rechtlicher Einhegung durch

Friedenspflichten; Erhaltung des Sozialstaats). Zum anderen waren die Gewerkschaften jetzt von der Fesselung durch die Rücksicht auf die regierenden Brüder befreit und konnten das tun, was viele von ihnen schon immer wollten: sich auf die eigene Kraft besinnen. Der Erfolg bei der erstreikten Wohnarbeitszeitverkürzung der achtziger Jahre war bemerkenswert.

Gewiss schränkte die christlich-liberale Bundestagsmehrheit Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte ein, vor allem durch die Verweigerung von Arbeitslosengeld für kalt Ausgesperrte (Änderung von § 116 AFG 1986; von der Schröder-Mehrheit nach 1998 nicht zurückgenommen) und durch das so genannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“, das Heuern und Feuern erleichterte (1985). Gewiss bauten CDU/FDP soziale Leistungen ab, etwa in der Arbeitslosenversicherung, beim Rentenniveau und bei Zuzahlungen zu Krankheitskosten.

Aber Kernelemente des korporativen deutschen Modells der industriellen Beziehungen wurden von der Kohl-Regierung nicht in Frage gestellt, sondern weiter bedient und benutzt, insbesondere die Tarifautonomie, die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, und die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Umstrukturierungen auf sektoraler oder regionaler Ebene. Regional- und Branchenkorporatismus unter Einbeziehung der Gewerkschaften wurden insbesondere bei der Umwandlung der DDR-Wirtschaft (Treuhand, Erhaltung industrieller Kerne, Auffanggesellschaften) und auch bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Westen (Bahn, Post) praktiziert.

Und dann gab es doch noch, 1996, den totalen Bruch mit der Kohl-Regierung. IGM-Chef Klaus Zwickel hatte Ende 1995 ein „Bündnis für Arbeit“ angeboten; Kanzler Kohl hatte das, Landtagswahlen vor Augen, freudig aufgegriffen und heraus kam - neben einer Übertölpelung von führenden Gewerkschaftern, die einer rein neoliberalen Theorie der Arbeitslosigkeit zustimmten - nichts. Stattdessen erfüllte Kohls Bundestagsmehrheit auch noch die absurdesten Arbeitgeberforderungen, etwa Abschaffung der Lohnfortzahlung, und provozierte damit die gewerkschaftlich organisierten Kernbelegschaften.

Danach war die Haltung der DGB-Gewerkschaften klar: *Diese Regierung muss weg*. So deutlich wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr nahmen die Gewerkschaften Partei in einem Wahlkampf und setzten sich für einen Regierungswechsel ein. Das gelang. Aber der ebenfalls eingeforderte Politikwechsel blieb aus.

### **Der Abschied der SPD von der Arbeiterbewegung**

Programmatik und Praxis der Schröder-SPD stimmen seit dem Ausscheiden Lafontaines und der Abwendung von keynesianischen Perspektiven im Frühjahr 1999 im Wesentlichen überein. Den neoliberalen Bekenntnissen im Schröder-Blair-Papier entspricht eine Finanz- und Sozialpolitik, die auf Kürzung staatlicher Leistungen bei gleichzeitiger „Entlastung“ der Unternehmer und der Besserverdienenden setzt. Die Theorie, in der Kohl-Ära längst widerlegt, nach der Steuer-/Abgaben- und Deregulierungsanreize für das Kapital das wichtigste Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit seien, gilt im Regierungslager fast konkurrenzlos als richtig; die Grünen und der parteilose Wirtschaftsminister stehen in diesem Kulturkampf an vorderster Front gegen klassische sozialdemokratische Positionen. Die Regierung versucht, die Gewerkschaften einzubinden, indem sie deren Stammklientel der Normalarbeitnehmer in der Industrie am wenigsten belastet und stattdessen vor allem den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern sowie den öffentlichen Bediensteten jene Opfer auferlegt, mit denen der Haushalt konsolidiert und die Unternehmer begünstigt werden sollen. Zugleich wird versucht, altindustrialistische Bündnisse mit viel populistischer Begleitmusik zu

---

reaktivieren oder zu fingieren (NRW-Braunkohle, Mannesmann, Holzmann). Wie unbeugsam die Schröder-Regierung ihre neoliberale Linie durchzieht, wurde im Sommer und Herbst 1999 deutlich, als die Serie von Wahlniederlagen, die eindeutig auf eine von sozialdemokratischen (und grünen) Wählern wahrgenommene Gerechtigkeitslücke zurückzuführen war, mit keinerlei Korrektur am Regierungsprogramm beantwortet wurde. Stattdessen erklärte die Schröder-SPD ihre Politik für „alternativlos“ - und nahm in Kauf, dass die auf diese Weise für unzuständig deklarierten Stammwähler nun erst recht trotzig zu Hause blieben.

Diese neue Konstellation stellt die Gewerkschaften vor eine Frage, die der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler schon 1988 aufgeworfen hat: „Bündnispartner sind aus unserer Sicht nicht naturgegeben, und man kann sie auch nicht um den Preis des Verlustes der eigenen Identität anstreben. Dieser Grundsatz gilt im Übrigen auch für das Verhältnis zur SPD und zur CDU.“<sup>3</sup> Die Schröder-SPD eröffnet also die Möglichkeit einer neuen Variante der Beziehungsmuster zwischen SPD und Gewerkschaften, das *Beziehungsmuster F*: Nach dem 1999 regierungsbedingt erfolgten Ausscheiden der SPD aus der Arbeiterbewegung (und der Grünen aus der Umwelt- und Bürgerbewegung) haben die Gewerkschaften im Parteiensystem keinen bevorzugten Ansprechpartner mehr. Die Gewerkschaften bleiben eine politische Organisation, die die Traditionen und Werte der Arbeiterbewegung nicht aufgibt, sondern weiterentwickelt. In diesem Sinne halten sie gleiche Distanz zu allen Parteien und beteiligen sich gemeinsam mit anderen engagierten Gruppen an außerparlamentarischen Aktionsbündnissen.

---

<sup>3</sup> Hans-Otto Hemmer/ Werner Milert/ Kurt Thomas Schmitz, Gewerkschaftliche Politik unter der konservativ-liberalen Regierung seit 1982, in: Hemmer/Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 449.